

# Griechenland: Menschenschmuggel von Hilfe-Organisation

Maria Polizoidou<sup>1</sup> am 8. Oktober 2018 auf <https://de.gatestoneinstitute.org>

- EMERGENCY RESPONSE CENTRE INTERNATIONAL (ERCI) bezeichnet sich selbst als "griechische Non-Profit-Organisation, die in Krisenzeiten Nothilfe und humanitäre Hilfe leistet...". Berichten zufolge hat sie seit 2015 die illegale Einreise von 70.000 Immigranten nach Griechenland gefördert, was der "Nonprofit-Organisation" eine halbe Milliarde Euro pro Jahr in die Kassen spülte.
- ERCI erhielt offensichtlich 2.000 Euro von jedem illegalen Immigranten, der bei der Einreise nach Griechenland unterstützt wurde. Darüber hinaus gründeten ihre Mitglieder ein Unternehmen zur "Integration von Flüchtlingen" in die griechische Gesellschaft und gewährten ihr 5.000 Euro pro Immigrant und Jahr aus verschiedenen staatlichen Programmen (in den Bereichen Bildung, Wohnen und Ernährung).
- Da die griechische Regierung scheinbar ratlos ist, wie sie mit ihrer Flüchtlingskrise umgehen und die Sicherheit ihrer Bürger gewährleisten soll, ist es besonders bestürzend festzustellen, dass die große NGO, deren Aufgabe es ist, den Immigranten humanitäre Hilfe zu leisten, stattdessen vom Menschenschmuggel profitiert.



Migranten erreichen einem Strand auf der griechischen Insel Kos, nachdem sie am 15. August 2015 einen Teil des Ägäischen Meeres mit einem Schlauchboot aus der Türkei überquert haben. (Foto von Milos Bicanski/Getty Images)

Am 28. August wurden dreißig Mitglieder der griechischen NGO **Emergency Response Centre International (ERCI) wegen ihrer Beteiligung an einem Menschenschmuggler-Netzwerk verhaftet**, das seit 2015 auf der Insel Lesbos tätig ist. Nach einer von der griechischen Polizei veröffentlichten Erklärung<sup>2</sup> wurden als Ergebnis der Untersuchung, die zu den Verhaftungen führte, "die Aktivitäten eines organisierten kriminellen Netzwerks, das systematisch die illegale Einreise von Ausländern erleichtert hat, vollständig aufgedeckt".

Zu den aufgedeckten Aktivitäten gehörten Fälschung, Spionage und die illegale Überwachung sowohl der griechischen Küstenwache als auch der EU-Grenzagentur Frontex, um vertrauliche Informationen über türkische Flüchtlingsströme zu sammeln. Die Untersuchung führte auch zur Entdeckung weiterer sechs Griechen und 24 Ausländer, die in den Fall verwickelt waren.

**ERCI beschreibt sich selbst als:** "[Eine] griechische gemeinnützige Organisation, die in Krisenzeiten Soforthilfe und humanitäre Hilfe leistet. Die Philosophie von ERCI besteht darin, die Lücken der humanitären Hilfe zu identifizieren und so effizient und wirkungsvoll wie möglich zu unterstützen. Derzeit hat ERCI 4 aktive Programme, die mit Flüchtlingen in Griechenland in den Bereichen Suche und Rettung, Medizin, Bildung und Koordination von Flüchtlingslagern zusammenarbeiten".

<sup>1</sup> Englischer Originaltext: Greece: "Humanitarian Aid" Organization's People-Smuggling - Übersetzung: Daniel Heiniger

<sup>2</sup> <https://www.euractiv.com/section/justice-home-affairs/news/goodwill-ambassadors-held-in-greece-for-illegally-aiding-migrants/>

Trotz ihrer erklärten Mission und ihres gemeinnützigen Profils hat ERCI - nach Angaben der griechischen Behörden - jedoch erhebliche Summen aus ihrer Tätigkeit als Kanal für illegale Aktivitäten verdient. ERCI erhielt offensichtlich 2.000 Euro von jedem illegalen Immigranten, der bei der Einreise nach Griechenland unterstützt wurde. Darüber hinaus gründeten die Mitglieder ein Unternehmen zur "Integration von Flüchtlingen" in die griechische Gesellschaft und gewährten ihm 5.000 Euro pro Immigranten und Jahr aus verschiedenen staatlichen Programmen (in den Bereichen Bildung, Wohnen und Ernährung). ERCI hat angeblich seit 2015 die illegale Einreise von 70.000 Immigranten nach Griechenland gefördert, was der "Non-Profit-Organisation" eine halbe Milliarde Euro pro Jahr in die Kassen spülte.

Diese Offenbarung ist jedoch erst der Anfang dessen, das Ausmaß der illegalen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Einreise von Migranten nach Griechenland abzudecken. Im Jahr 2017 verhafteten die griechischen Behörden beispielsweise 1.399 Menschenhändler, einige unter dem Deckmantel "humanitärer" Maßnahmen, und in den ersten vier Monaten des Jahres 2018 verhafteten die Behörden 25.594 illegale Immigranten.

Besorgniserregender als der buchstäblich hohe Preis, den die Immigranten selbst an die Menschenhändler zahlen - oder der von der griechischen Regierung in Form von Integrationssubventionen ausgezahlt wird - ist die Belastung der griechischen Gesellschaft als Ganzes.

Gemäss griechischen Polizeistatistiken wurden 2017 75.707 Raubüberfälle und Einbrüche gemeldet. Von diesen Fällen wurden nur 15.048 gelöst, und 4.207 wurden von Ausländern begangen. Darüber hinaus schätzt die Polizei, dass mehr als 40% der schweren Verbrechen von illegalen Immigranten begangen wurden (Legale und illegale Immigranten machen in Griechenland 10-15% der Gesamtbevölkerung aus).

Im Jahr 2016 enthielten die griechischen Gefängnisse laut Berichten 4.246 Griechen und 5.221 Ausländer, die wegen schwerer Verbrechen verurteilt sind: 336 für Mord; 101 für versuchten Mord; 77 für Vergewaltigung; und 635 für Raub. Darüber hinaus sind noch Tausende von Fällen hängig.

In einem kürzlichen herzerreißenden Fall wurde am 15. August ein 25-jähriger Student aus Athen - bei einem Besuch von seinem Studium an einer Universität in Schottland zu Hause - von drei illegalen Immigranten ermordet, während er mit einer Freundin aus Portugal durch die Stadt reiste.

Die drei Täter, zwei Pakistanis und ein Iraker im Alter von 17 bis 28 Jahren, sagten der Polizei, dass sie zuerst die junge Frau attackiert und Geld, Kreditkarten, einen Pass und ein Handy aus ihrer Handtasche gestohlen hätten, aber als sie feststellten, dass ihr Handy "alt" sei, wollten sie das Handy des jungen Mannes und bedrohten ihn mit einem Messer. Als er versuchte, sie abzuwehren, sagten sie in ihrem Geständnis, dass sie ihn schubsten und er von einer Klippe in seinen Tod fiel. Nach dem Verhör stellte sich heraus, dass die drei Mörder wegen 10 weiterer Raubüberfälle in der Gegend gesucht wurden.

In einem wütenden Brief an den griechischen Premierminister Alexis Tsipras, Parlamentsabgeordnete und den Bürgermeister von Athen, beschuldigte die Mutter des Opfers Tsipras "krimineller Fahrlässigkeit" und der "Komplizenschaft" bei der Ermordung ihres Sohnes.

"Anstatt jeden Verbrecher und jedes gefährliche Individuum mit wilden Instinkten willkommen zu heißen und ihm 'Land und Wasser' anzubieten", schrieb sie, "sollte der Staat nicht zuerst an die Sicherheit seiner eigenen Bürger denken, deren Blut er täglich [wirtschaftlich] trinkt? Sollte der Staat [seine Bürger] den gefräßigen Banden überlassen, für die der Wert eines menschlichen Lebens eine geringere Bedeutung hat als der Wert eines Handys oder einer Goldkette?"

Obwohl das die Worte einer trauernden Mutter waren, sind es Gefühle, die in ganz Griechenland verbreitet und zum Ausdruck gebracht werden, wo solche Vorfälle immer häufiger vorkommen.

Am 29. August, zwei Wochen nach diesem Mord, griffen sechs Immigranten in Nordgriechenland einen 52-jährigen Mann auf der Straße verbal an, offensichtlich ohne Grund. Als er sie ignorierte und weiterging, stach einer von ihnen ihm mit einem 24 cm (9,4 Zoll) langen Messer ins Schulterblatt und er landete im Krankenhaus.

Zwei Tage zuvor, am 27. August, blockierten etwa 100 Immigranten, die gegen die Lebensbedingungen in ihrem Lager in Malakasa protestierten, die Autobahn mehr als drei Stunden lang. Fahrer, die auf der Straße festsaßen, sagten, dass einige der Demonstranten Randalen machten und mit Holzblöcken auf Autos einschlugen. Zu allem Überfluss teilte die Polizei vor Ort mit, dass sie vom Ministerium für Bürgerschutz keine Anweisungen erhalten habe, die Autobahn zu räumen oder die Opfer zu schützen. Gatestone wurde auf weitere Fragen hin mitgeteilt, dass es keine offizielle Aussage der Polizei oder des Ministeriums gebe, sondern nur die Aussagen der Fahrer.

Da die griechische Regierung scheinbar ratlos ist, wie sie mit ihrer Migrantenkrise umgehen und die Sicherheit ihrer Bürger gewährleisten soll, ist es besonders bestürzend festzustellen, dass die große NGO, deren Aufgabe es ist, den Immigranten humanitäre Hilfe zu leisten, stattdessen vom Menschenhandel profitiert. Die jüngste Verhaftung von ERCI-Mitgliedern unterstreicht die Notwendigkeit, alle diese Organisationen zu überprüfen.

*Maria Polizidou, Reporterin, Rundfunkjournalistin und Beraterin für internationale und auswärtige Angelegenheiten, lebt in Griechenland. Sie hat einen Nachdiplomabschluss in "Geopolitik und Sicherheitsfragen im islamischen Komplex der Türkei und des Nahen Ostens" von der Universität Athen.*